

Nach dem Hansen-Schock: Höchste Eisenbahn für einen Neuanfang

Die Meldung über einen bevorstehenden Wechsel des TRANSNET-Vorsitzenden Norbert Hansen in den DB-Vorstand hat bei vielen Mitgliedern wie eine Bombe eingeschlagen und die Frage aufgeworfen: Hat sich Norbert Hansen nur deswegen – gegen den Willen der Mitglieder und die Beschlusslage unserer Gewerkschaft – gegenüber der Politik für die Teilprivatisierung der Transport-Holding stark gemacht, weil er da einen hochdotierten Posten als Arbeitsdirektor in Aussicht hat? Mit einem einfachen „Weiter so“ wird unsere Gewerkschaft aus ihrer Krise nicht herauskommen. Daher fordern wir einen konsequenten Neuanfang.

Einen grundlegenden Kurswechsel: Nein zum Ausverkauf unserer Bahn und Rückbesinnung auf Plan B!

Der TRANSNET-Beirat hat am 13. November 2007 in Fulda „Plan B“ – die Forderung nach einer bundeseigenen und einheitlichen Bahn – beschlossen. Am 5. Mai hat der TRANSNET-Beirat festgestellt, dass die Teilkapitalprivatisierung „nicht von den Gewerkschaften gefordert“ wurde. Norbert Hansen hat in den letzten Wochen und Monaten wider besseres Wissen dennoch wiederholt die Teilprivatisierung und faktische Zerschlagung der Bahn durch das Holdingmodell propagiert.

Wir brauchen keine politische „Kontinuität“ im Sinne von Norbert Hansen, wie sie Lothar Krauß versprochen hat, sondern eine Rückbesinnung auf Plan B und einen Schulterchluss unserer Gewerkschaft mit den Privatisierungsgegnern, mit dem DGB und der Mehrheit der Bevölkerung, die den Börsengang ablehnt. In diesem Sinne muss der TRANSNET-Beirat in seiner Sitzung diese Woche ein Zeichen setzen und den Widerstand gegen den Ausverkauf unserer Bahn starten. Noch ist die Bahn zu 100 Prozent im Bundesbesitz;



1. Mai 2006 in Frankfurt am Main

noch ist keine einzige Aktie verkauft! Niemand hat ein Recht, im Namen der EisenbahnerInnen und unserer Gewerkschaft den Ausverkauf mit zu betreiben. Wir rufen die ArbeitnehmervertreterInnen im DB-Aufsichtsrat auf: Sagt bei der Sitzung am Donnerstag, 15. Mai, „Nein“ zu den geplanten Umstrukturierungen mit dem Ziel einer Teilprivatisierung! Wir rufen die TRANSNET-Mitglieder auf: Nehmt unverzüglich Kontakt mit den gewerkschaftlich organisierten Aufsichtsratsmitgliedern auf und verlangt

von ihnen eine konsequente Interessenvertretung. Hier die Namen der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat:

Norbert Hansen,
Klaus Dieter Hommel, Bundesvorsitzender der GDBA,
Lothar Krauß, designierter TRANSNET-Vorsitzender,
Helmut Kleindienst, Spartenbetriebsratsvorsitzender Unternehmensbereich

Dienstleistungen DB Dienstleistungen,
Horst Hartkorn, Betriebsratsvorsitzender der S-Bahn Hamburg GmbH,
Jörg Hensel, Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Railion Deutschland AG,
Günter Kirchheim, Konzernbetriebsratsvorsitzender der DB AG und Gesamtbetriebsratsvorsitzender der DB Netz AG,
Vitus Miller, Gesamtbetriebsratsvorsitzender Regio/Stadtverkehr,
Heike Moll, Gesamtbetriebsratsvorsitzende DB Station&Service AG,
Ute Plambeck, Konzernbevollmächtigte der DB AG für Hamburg/Schleswig-Holstein.

Telefon- und Faxnummern sowie E-Mail-Adressen könnt Ihr bei den TRANS-

NET-Servicebüros oder beim Betriebsrat erfragen bzw. im BahnNet nachschlagen.

Freie Diskussion und Transparenz: Die Basis muss die TRANSNET zurückerobern

Norbert Hansen hat mit der Propagierung des Börsengangs die Beschlüsse des Beirats und früherer Gewerkschaftstage missachtet. Eine Willensbildung der Basis – etwa durch Basis-

dialoge – hat in der entscheidenden Frage der Privatisierung nicht stattgefunden. Kritische Meinungen zum Börsengang wurden in den TRANSNET-Medien systematisch unterdrückt. Privatisierungskritische Funktionäre wurden unter Druck gesetzt oder gar als Betriebsräte oder ehrenamtliche Funktionäre ausgebootet. Hauptamtliche Angestellte der Gewerkschaft bekamen de facto einen Maulkorb und durften öffentlich keine Privatisierungskritik vortragen. All das muss sich ändern.

Ab sofort müssen alle Mitglieder zu örtlichen bzw. betrieblichen Mitgliederversammlungen eingeladen werden und diskutieren, wie der Widerstand gegen den Börsengang organisiert wird und unsere Gewerkschaft wieder zu einer kämpferischen Interessenvertretung werden kann. Einfache Mitglieder ohne Funktion müssen die Gewerkschaftspolitik von unten nach oben mitbestimmen. Mitglieder ohne Funktion sollten die anstehenden Sitzungen der Gremien aufsuchen und eine mitgliederoffene Sitzung verlangen – egal ob auf Betriebsebene (VP), auf Ortsebene (OV-Vorstand) oder auf Bezirksebene (BV-Vorstand). Es gibt in der jetzigen Situation überhaupt keinen Grund, aktive Kollegen (auch ohne Mandate) aus Sitzungen raus zu halten. Daher: Nicht abwimmeln lassen! Die TRANSNET ist unsere Gewerkschaft und gehört allen Mitgliedern!

Eine Kommission aus Mitgliedern, die das Vertrauen der Basis genießen und sich als unbestechlich erwiesen haben, muss dringend aufarbeiten, wie unsere Gewerkschaft überhaupt in diese Krise geraten konnte. Es muss offen gelegt werden, inwieweit Hansens Schmusekurs gegenüber dem Mehndorn-Management Spuren im Gewerkschaftsapparat hinterlassen hat. Dazu gehört auch eine Offenlegung der Einkünfte und Nebeneinkünfte bzw. Privilegien der Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands (GV) und eine strikte Begrenzung dieser Einkünfte und volle Abführung der Aufsichtsratsstämme und sonstigen Nebeneinkünfte.

Mitgewirkt und geschwiegen

Ein Neuanfang in unserer Gewerkschaft kann nicht von denjenigen Spitzenfunktionären ausgehen, die im „System Hansen“ maßgeblich mitgewirkt und



Dividende dividiert die Bahn.

geschwiegen haben. Dies erfordert dringend den sofortigen Rücktritt des geschäftsführenden Vorstands. Wir können nicht bis zum nächsten ordentlichen Gewerkschaftstag in sechs Monaten warten, sondern brauchen noch im Juni 2008 einen außerordentlichen Gewerkschaftstag, der die hauptamtlichen Vorstandsfunktionen neu besetzt. Wir empfehlen: Wählt unbelastete, erfahrene und kritische Kolleginnen und Kollegen in den Vorstand, die als konsequente, unbestechliche Interessenvertreter und Gegner eines Ausverkaufs unserer Bahn wirken.

Echte Mitbestimmung und Kontrolle statt Kungelei

Lothar Krauß hat den Wechsel von Norbert Hansen in die DB-Chefetage als höchsten Ausdruck des deutschen Mitbestimmungsmodells begrüßt. Gleichzeitig hat der DB-Konzernbetriebsrat (KBR) in der letzten Woche wichtige Mitbestimmungsrechte aus der Hand gegeben, um die Privatisierung zu beschleunigen. Er hat nämlich freiwillig auf die Einhaltung von Fristen gemäß Konzernbetriebsvereinbarung für die Mitbestimmung bei der bevorstehenden Umstrukturierung verzichtet, um den Börsengang noch im Herbst 2008 rechtlich zu ermöglichen. Dies passt wie die Faust aufs Auge. Die Gewerkschaft ist nicht dazu da, individuelle Karrieren zu fördern. Wir fordern den KBR auf: Macht den Beschluss zum Verzicht auf die Einhal-

tung der Fristen sofort wieder rückgängig und wehrt Euch mit allen Mitteln gegen die fortgesetzte Umstrukturierung und Zerschlagung des Konzerns!

Die SPD zum Kurswechsel zwingen

„TRANSNET fordert die Privatisierung“, rechtfertigte sich der SPD-Vorsitzende Kurt Beck bei der zentralen DGB-Maikundgebung, als TRANSNET-Mitglieder gegen das von der SPD mitgetragene Privatisierungsmodell protestierten. Argumente für die Privatisierung hatte er nicht. Kurt Beck ist offensichtlich einem Blender aufgesessen, denn weder die TRANSNET-Basis noch die SPD-Basis will die Privatisierung. Kein SPD-Politiker hat das Recht und die Legitimation, weiter den Weg der Privatisierung unserer Bahn zu beschreiten. Dies gilt für den SPD-Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion ebenso wie für die Vertreter der SPD-geführten Ministerien im DB-Aufsichtsrat:

Jörg Hennerkes, Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung,

Dr. Axel Nawrath, Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Reintreten!

Norbert Hansen tut unserer Gewerkschaft den größten Gefallen, wenn er austritt, um weiteren Schaden von unserer TRANSNET abzuwenden. Für alle, die ihre Wut in eine positive Bewegung umsetzen wollen, gilt: Reintreten und TRANSNET umkrepeln!

Wehret den Anfängen!

Es gibt nur eine einzige wirksame Sicherung gegen Zerschlagung und Vollprivatisierung unserer Bahn: Die Bahn muss zu 100 Prozent beim Bund bleiben. Keine einzige Bahnaktie darf in private Hände gelangen! Das Holding-Modell muss gestoppt werden! Eine breite Mehrheit der EisenbahnerInnen, Bevölkerung und SPD-Mitglieder will die Privatisierung nicht. Niemand hat das Recht, die Privatisierung abzusegnen und zu propagieren. Gegen den Widerstand der Gewerkschaften ist eine Privatisierung nicht vorstellbar.